

Calmer Calwblatt

Nr. 218

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Mt., Familienanzeigen 35 Mt., Reklamen 200 Mt. x Schlußzahl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.
Dienstag, den 18. September 1923.
Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 750 000 Mt., wöchentl. Postbezugspreis 750 000 Mt., ohne Postgeb. Einzelnummer 120 000 Mt. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die kaum mehr zu verfolgende Steigerung aller Preise hat an verschiedenen Orten Deutschlands, namentlich auch in Baden, zu folgenschweren Teurungs- und Lohnunruhen geführt.

Die Reichsregierung hat eine Verordnung gegen Steuerfabotage und Zurückhaltung von Lebensmitteln erlassen.

Die letzte Rede Poincarés wird von der englischen Presse resigniert verzeichnet. Es besteht keinerlei Anzeichen, daß England auch nur einen Finger rührt, um in der Ruhr- und Reparationsfrage die Anbahnung von Verhandlungen zu erleichtern.

Der Geldraub im Ruhrgebiet durch die Franzosen wird planmäßig weitergeführt, wodurch die Bevölkerung natürlich in immer größere Not gerät.

Im Völkerbundrat, der sich geradezu als Hanswurst der Ententemächte aufführt, wurde unter Zurückstellung der Frage, ob nicht etwa doch der Völkerbund zuständig gewesen wäre, die Regelung des griechisch-italienischen Konflikts durch die Votus-Konferenz festgelegt.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Englisches Gerede über eine etwaige Zusammenkunft zwischen Baldwin und Poincaré.

London, 17. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ hebt hervor, daß bisher in offiziellen Kreisen in London über das Zusammenreffen zwischen Baldwin und Poincaré nichts mitgeteilt wurde. Die britische Regierung sei jedoch ebenso bestrebt wie die französische, die neuen, durch die neuen Aktionen Mussolinis und Stresemanns gebildeten Faktoren zu erörtern. Der Berichterstatter ist der Ansicht, Poincaré befinde sich in einem Dilemma; denn Deutschland gebe sich in Poincarés Hände, der diese Gelegenheit nicht ausnutzen könne, denn er habe es durch seine eigene Aktion Deutschland unmöglich gemacht, Barzahlungen zu leisten; mit einem Wort: Frankreich brauche von neuem die britischen Dienste, um einen Ausweg zu finden. Das Zusammenreffen zwischen Poincaré und Baldwin könne daher von Vorteil sein.

Stimmen aus der Wüste.

Paris, 17. Sept. Wie der „Populaire“ aus Nevers meldet, hat im Generalkrat des Departements Nievre der Sozialist Camard folgende zwei Resolutionen eingebracht: Mit Rücksicht auf den lebhaften Wunsch der deutschen Bevölkerung, zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen beizutragen, und entsprechend den Erklärungen Stresemanns fordert der Generalkrat die französische Regierung auf, mit dem Vertreter der deutschen Demokratie schleunigst ein Abkommen zu treffen, und verwirft die Besetzung des Ruhrgebiets, die eine hochmütige Ablehnung der Vorschläge Stresemanns darstellt. — Die zweite Resolution befragt: Der Generalkrat tadelt und verurteilt dringend die Besetzung und die Beschießung von Korbju und Stell fest, daß der Zynismus Mussolinis das Vertrauen zu den Friedensverträgen vernichtet und von neuem einen Krieg zu entfesseln droht. Er bedauert, daß die französische Regierung den italienischen Standpunkt unterstützt und damit den Kredit des Völkerbunds ruiniert. — Die beiden Resolutionen wurden mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen. Der Präfekt verließ zweimal die Sitzung.

Neue Denkmalsreden in Aussicht.

Paris, 17. Sept. Ministerpräsident Poincaré wohnt am kommenden Sonntag drei Einweihungsfeiern bei, der ersten auf dem Militärfriedhof von Champenour, der zweiten in Toul und der dritten im Priesterwald.

Die englische Presse zu Poincarés letzten Redeleistungen.

London, 17. Sept. Hilferdings Rede wird viel beachtet und als ein Zeichen dafür angesehen, wie kritisch die Lage Deutschlands und der deutschen Regierung erscheint. — Zu der gestrigen Rede Poincarés nehmen die Blätter noch nicht in Leitartikeln Stellung. In Ueberschriften wird jedoch die unnachgiebige Haltung des französischen Ministerpräsidenten betont. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt, Stresemanns Bedingungen seien gestern von Poincaré stillschweigend verworfen worden. — Der

„Morning Post“ zufolge kauft Poincarés Erwiderung auf die Vorschläge Stresemanns bezüglich der Regelung des Ruhrproblems auf ein „Nein! danke schön“ hinaus.

London, 18. Sept. Die „Pal Mal Gazette“ begann gestern mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe ihres nach Deutschland entsandten Sonderberichterstatters über die dortige Lage. Der Beobachter kommt zu dem Schluß, daß die Lage Deutschlands verzweifelt ist und daß keinerlei Anzeichen für eine Aenderung zum Besseren vorhanden sind.

Die französische Rheinlandkommission mit Hilfe von Verrätern.

Paris, 17. Sept. Havas berichtet aus Düsseldorf: Die Rheinische unabhängige Partei veranstaltet am 30. September einen Rheinischen Tag, an dem in Düsseldorf 150 bis 200 000 Mitglieder der sonderbündlerischen Parteien aus allen Gegenden der Rheinlande zusammenkommen sollen, um vernehmlich ihrem Wünsche Ausdruck zu geben, eine friedliche und unabhängige Rheinische Republik zu konstruieren. Dieser, offenbar vom Düsseldorfer Propagandadienst herausgegebenen Meldung fügt Havas hinzu, es werde angenommen, daß diese Kundgebung von kapitaler Bedeutung für die Außenpolitik sein soll.

Die französisch-belgische Gewaltpolitik.

Die Rheinlandkommission genehmigt alle französisch-belgischen Gewalttaten im voraus.

Paris, 17. Sept. Nach einer Havasmeldung hat die Rheinlandkommission der französisch-belgischen Eisenbahnregie Vollmacht erteilt, alle Reglements zu treffen, um die Eisenbahnverwaltung und die Eisenbahnbetriebspolizei sicherzustellen. Verstöße gegen die im Voraus von der Rheinlandkommission genehmigten Reglements werden mit Gefängnis bis zu sieben Jahren und 50 Goldmark bestraft.

Paris, 17. Sept. Wie Havas aus Koblenz berichtet, hat die Rheinlandkommission auf dem Koblenzwege bestimmt, daß die Interalliierte Ingenieurkommission im Ruhrgebiet befugt sei, unter der Autorität der Rheinlandkommission in den der letzteren unterstellten Gebieten alle Maßnahmen durchzuführen, die den Betrieb und die Förderung der Bergwerke, die Lieferung und die Abfuhr von Brennstoffen, die Veranlagung und die Erhebung der Kohlensteuer und die Beschlagnahme der Brennstoffe und Kohlennebenprodukte an beliebiger Stelle der besetzten Gebiete, sowie deren Lieferung auf Reparationskonto betreffen.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Berlin, 18. Sept. Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, hat die Stadt Gelsenkirchen von der Besatzungsbehörde einen noch heute einzulösenden, auf 70 Milliarden lautenden Requisitionsbefehl zugestellt erhalten, dem eine Begründung nicht beilag. Die Stadtverwaltung hat die Zahlung abgelehnt.

Auf der Zeche „Konfordia“ wurden bei der Hauptkasse durch die Einbruchstruppen 400 Milliarden Mark Lohngehälter weggenommen worden.

Am 16. September besetzten die Franzosen das Eisenwerk des Eisenwerkes Hösch-Dortmund.

In Westhofen nahmen die Franzosen in einer Kolonialwarenhandlung für 3 Milliarden Mark Lebensmittel weg.

Die Franzosen besetzten neu die Bahnhöfe Werne und Preußen, mit den dazu gehörenden Zechen „Gneissau“ und „Preußen“. Das Personal der Bahnhöfe wurde vertrieben.

Koblenz, 17. Sept. Von den Besatzungsbehörden wurden bei der Koblenzer Volksbank 500 Milliarden Mark beschlagnahmt, unter dem Vorwand, daß Gelder in dieser Höhe von der betreffenden Bank zum Zwecke der Ruhrhilfe ausgezahlt worden seien.

Düsseldorf, 17. Sept. Französische Kriminalbeamte erschienen gestern auf dem Arbeitsamt und nahmen eine Reihe von Akten fort. Dann begaben sie sich ins Kunstgewerbemuseum, wies endas dort weilende Publikum hinaus und entwendeten auch hier die Akten, Kartotheken und Stempel der Erwerbslosenfürsorge. Der Zweck der Beschlagnahme soll sein, festzustellen, inwieweit die Erwerbslosenfürsorge aus Mitteln der Ruhrhilfe bestritten wird. Bald darauf erschienen die Franzosen auch in der Stadtkämmerei, wo ebenfalls Akten der Ruhrhilfe vermutet wurden und belanglose Aktenstücke mitgenommen wurden. Schließlich nahmen sie auf der Stadthauptkasse 700 Milliarden Mark fort.

Essen, 17. Sept. Die Franzosen haben gestern im städtischen Bureauhaus in der Bahnhofstraße eine Billion Mark Notgeld weggenommen, das dem Besatzungsamt für Entschädigungszwecke zur Verfügung stand.

Praktische Betätigung der Arbeiter für den passiven Widerstand.

Essen, 18. Sept. Auf der Zeche „Prosper II“ der Rheinischen Stahlwerke in Bottrop berief am Sonnabend der Kohlenhauer Dohle eine Belegschaftsversammlung ein, um darüber abstimmen zu lassen, ob die Belegschaft gegebenenfalls für die Regie die Förderung der Kohlen aufnehmen wolle. Der Belegschaft bemächtigte sich bei den Ausführungen Dohles eine solche Erregung, daß man ihn verprügelte. Die Zechenfeuerwehr konnte ihn nur mit Mühe vor der erbitterten Arbeiterchaft schützen.

Die französische Zechenregie auf den Zechen des Glüdnerkonzerns.

Grz. Frankfurt, 17. Sept. Ueber die französische Zechenregie wird der „Frankfurter Zeitung“ aus dem Ruhrgebiet gemeldet: Die Franzosen scheinen nun ernstlich die Absicht zu haben, auf einigen besetzten Zechen mit der Förderung zu beginnen. Bekanntlich schlugen die Versuche, die sie im Reddinghauser Bezirk nach dieser Richtung unternommen hatten, fehl. Jetzt haben sie auf den Zechen des Glüdnerkonzerns in Raugel auf den Gruben „Bittor I, II, III und IV“, „Zern I und II“ sich festgesetzt und versucht, genügend Arbeiter zu bekommen, um den praktischen Förderbetrieb aufnehmen zu können. 400 polnische Bergleute haben sich bereits gemeldet. Ein zahlreiches Angebot von Bergwerksingenieuren und höheren französischen Bergwerksbeamten befindet sich schon seit einiger Zeit auf den Zechen zum Studium der Betriebsanlagen. Am Samstag begannen die Franzosen damit, die vor einiger Zeit angeordnete Räumung der Kolonie vorzunehmen. 30 Familien mittlerer Beamter wurden aus den Wohnungen vertrieben und ausgewiesen. In die freigewordenen Wohnungen sind bereits die Familien französischer Beamter eingezogen.

Aufhebung der Sperre zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet.

Paris, 17. Sept. Die Freigabe des Verkehrs zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland datiert, einer Havasmeldung aus Düsseldorf zufolge, von der vergangenen Nacht 12 Uhr.

Die Beschießung einer Ortschaft angebroht.

Auf einen französischen Posten an der Lippe-Brücke an der Straße Bork-Waltrop sollen am Abend des 9. September von unbekanntem Tätern vom Lippeufer aus etwa sechs Schüsse abgegeben worden sein, durch die der Posten verletzt worden sein soll. Aus Anlaß dieses noch völlig ungeklärten Vorfalles hat der französische Kommandant angekündigt, daß bis heute mittag 12 Uhr die Amtsverwaltung von Bork mit einer weißen Fahne auf der Lippebrücke erscheinen müsse, andernfalls die Franzosen sich in Bork Geißeln holen und die Ortschaft beschießen würden. Französische Patrouillen nahmen bereits am 10. September morgens in den Bauernhöfen auf dem unbesetzten Lippeufer Hausdurchsuchungen vor.

Bis zur Stunde liegt noch keine Nachricht vor, ob die Franzosen ihre Drohung, Bork zu beschließen, wahr gemacht haben; man darf aber damit rechnen, daß die „Vertreter des Rechts auf den Spitzen der Bajonette“ nicht davor zurücktreten werden, Tod und Verderben über eine friedliche Stadt zu bringen. Es entspricht dies durchaus ihren bisherigen Raub- und Bergewaltigungsmethoden. Geradezu naiv ist es, zu verlangen, die Amtsverwaltung von Bork möge sich auf der Lippebrücke einfinden, um sich dem französischen Terror selbst auszuliefern. Diese Drohungen einer feigen, verlogenen und übermütigen französischen Soldateska stellen den Gipfelstadium französischer Gewaltpolitik dar, gegen die die ganze Kultur diesseits und jenseits des Ozeans entrüstet aufstehen sollte. Wer es wagt sich keine Hand. Abgesehen davon, daß bis jetzt noch gar nicht festgestellt, daß die Beschießung des französischen Postens tatsächlich stattgefunden hat — bekanntlich verfuhen die französischen Soldaten der Raubdivisionen an der Ruhr alle Mittel, um wieder in die Heimat zu kommen — gibt es in der gesamten Völkerrichts- und Kriegsrachtliteratur nicht einen Fall, der eine derartige Gesamtverantwortlichkeit auch nur andeutungsweise zuließe. Besonders auch die französische Rachtliteratur verurteilt ausnahmslos die Gesamtverantwortlichkeit. Griolet z. B. sagt zu diesem Punkt in seinem Aufsatz „Der Einfluß des Kriegs auf die Fortschritte des Völkerrichts“ (Bulletin der Gesellschaft für vergl. Gesetzgebung 1872 Band I) u. a.: Es erscheint durchaus unmöglich, eine Gemeinde mit der Straftat eines oder mehrerer

affen.
lehnschaften bed
hen ohne Ent
Darlehen mit
Die bisher ge
unte Vorzugs
banleihe.
gen von zustän
Zeichnung der
bevor. Hiernach
iese Anleihe in
Sparlaff'n sind
errichtet. Das
erhöhen dürfte
als befriedigend
n Wochentagen
swährung?
ch einem Kabi
werden, die als
um Schluß des
Bährung gegen
werden. Die
ungsmittel zum
ligkreuz
ren, 171 D
Stück. Pferde
4-10 Mil
en pro Paar,
t, Rülhe 5-8
Millarden, jün
en 6-9 Mil
ge der hohen
und ein Läu
schweine pro
b untertauft.
n n, Calw,
l. Calw.
mber 1923
heißnamis
Göhner.
erung.
lasse eine Nach
Mark Brand
s 1. Nov. 1923
gen ist am Nat
Göhner.
holz=
kauf.
weg nach den
os zum Verkauf
t. IV., 1,41
Süßholz.
t. III., 15,09
ten der neuen
Freitag, den
Schultheißenamt
einberat.
izen
aber
latt
ahr.
iche
n.

ihrer Angehörigen zu belassen, die ganz individuell und aus eigenem Antriebe gehandelt haben."

Dr. jur. et phil. Nikolaus Peters schließt einen Aufsatz über „Gesamtverantwortlichkeit“ in der „Germania“ mit der zwingend sich aufdrängenden Frage: „Wie lange will die Welt noch untätig zuschauen, wie man eine Sechsmillionen-Bevölkerung in Not, drangsalirt und martert?“ Wie lange will man noch zusehen, wie die Rechte eines ganzen Volkes höhnlachend mit Füßen getreten werden, wie verbriefte Rechtsprinzipien der Völkergemeinschaft verachtet werden in einer Anwendung von Gewaltmethoden, die so abscheulich sind, wie Meringha Lemonon, Band I Seite 235 sagen, daß „ihre Anwendung den Menschen auf die Stufe des Tieres herabdrückt!“ Sind wir Deutsche angesichts solcher Wort der größten französischen Juristen nicht zu der Frage berechtigt: „Gibt es überhaupt noch ein Weltgewissen?“

Zur auswärtigen Lage.

Der italienisch-griechische Konflikt beigelegt.

Der Völkerbundsrat als Hofnar der Entente.

Genf, 17. Sept. Der Völkerbundsrat billigte in seiner öffentlichen Sitzung folgendes Antwortschreiben des Rates an die Völkerverkonferenz: „Der Völkerbund hat von der Mitteilung der Völkerverkonferenz Kenntnis genommen, die ihm die Regelung des italienisch-griechischen Zwischenfalls ankündigt, der durch die Ermordung des Generals Tellini und anderer Mitglieder der italienischen Abordnung der Grenzfestsetzungskommission entstanden war. Da dieser Zwischenfall, den die griechische Regierung vor den Völkerbundsrat gebracht hatte, zu den von der Völkerverkonferenz geführten diplomatischen Verhandlungen Anlaß gab, hat sich der Völkerbundsrat mit der Völkerverkonferenz in Verbindung gesetzt, um an dem friedensfördernden Werk mitzuwirken. (Hier folgt der Beschluß der Völkerverkonferenz vom 13. Sept. 1923.) Der Völkerbundsrat nimmt von diesem Beschluß Kenntnis und spricht seine Freude darüber aus, daß er die Situation beendet hat, die eine lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen hat.“ — In der Aussprache ergrißen das Wort Branting-Schweden, Salandra-Italien, Lord Robert Cecil-England und Politis-Griechenland. Politis stellte fest, daß der Konflikt erledigt sei. Die rein theoretische Frage der Zuständigkeit des Völkerbundsrates könne später in irgendeiner Form besprochen werden. Branting beklagte sich bitter darüber, daß der Rat nicht von vornherein die wichtige Frage der Zuständigkeit gelöst habe. Cecil legte dar, daß die Hauptaufgabe darin bestanden habe, die Streitfrage auf dem diplomatischen Wege zu lösen, daß dies durch die Völkerverkonferenz geschehen sei, um eine Einigung der beiden Teile zu erzielen und daß diese Tätigkeit durchaus mit den Bestimmungen des Paktes im Einklang stehe. Die Frage der Zuständigkeit könne später besprochen werden. Salandra behielt sich vor, in einer späteren Sitzung auf die Darlegungen Cecils zurückzukommen und stellte fest, daß der Fall nunmehr erledigt sei. Politis dankte dem Rat für seine Tätigkeit, in besonders warmen Worten auch der italienischen Regierung für ihre verständliche Haltung und sprach die Überzeugung aus, daß die Beschlüsse der Völkerverkonferenz ausgeführt würden und daß die traditionelle Freundschaft zwischen Italien und Griechenland wieder aufgenommen werde. Salandra schloß sich diesem Wunsch an und betonte nochmals, daß die Angelegenheit abgeschlossen sei. Eine spätere Debatte über die grundsätzliche Zuständigkeit sei nicht ausgeschlossen.

Der italienisch-südslawische Konflikt.

London, 16. Sept. Reuter meldet, daß die Frist des italienischen Ultimatus an Jugoslawien verlängert wurde. Die Verhandlungen dauern auf der Grundlage der neuen italienischen Vorschläge, deren Charakter nicht bekannt ist, an.

Unterdrückung der Deutschen im Hultschiner Land.

Breslau, 18. Sept. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Breslau: Im Hultschiner Ländchen fanden gestern die ersten Gemeinbewahlen unter tschechischem Regime statt. Als die tschechischen Regierungskommissare, unter deren Verwaltung die Gemeinden bisher standen, merkten, daß bereits am frühen Vormittag fast sämtliche Stimmen für die deutsche Partei abgegeben worden waren, brachen sie in verschiedenen Gemeinden den Wahlakt ab und erklärten die Wahl für ungültig.

Auflösung des spanischen Parlaments.

Paris, 17. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Madrid von gestern, 9.25 Uhr abends, hat der König die Auflösung des Parlaments unterzeichnet.

Deutschland.

Eine Verordnung gegen die Steuerfälschung und die Zurückhaltung von Lebensmitteln.

Berlin, 17. Sept. Durch Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wird für das Reichsgebiet folgendes verordnet: § 1. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen dazu auffordert und anreizt, der Steuerpflicht oder öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zur Leistung von Geld oder Geldeswert an das Reich, die Länder oder Gemeinden (Gemeindeverbände) nicht zu genügen oder die Durchführung der Vorschriften über die Steuerpflicht auf andere Weise zu hindern, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und einer Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt. § 2. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder in anderer Darstellung zur Zurückhaltung von Lebens- oder Futtermitteln, die zur Lebenshaltung oder Weiterverarbeitung bestimmt sind, auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und einer Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt. Alle

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

In dem Amtskörperschaftsgebäude an der Bahnhofstraße in Calw (früheres „Scharfes Eck“) sind von heute ab folgende Ämter untergebracht:

Oberamtspflege,
Jugendamt
Bezirksarbeitsamt,
Bezirksfürsorgestelle.

Sämtliche Ämter haben Telefonanschluß.

Calw, 17. September 1923.

Oberamt: Bögel, Amtmann, A. B.

Bekanntmachung betr. Erwerbslosenunterstützung.

Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung betragen mit Wirkung vom 12. September 1923 ab wochentäglich:

	in den Orten der Ortsklassen	
	1. und 2.	3. und 4.
1. für männliche Personen:		
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	6 500 000	6 000 000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	5 200 000	4 800 000
c) unter 21 Jahren	3 900 000	3 600 000
2. für weibliche Personen:		
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	5 200 000	4 800 000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	4 300 000	3 950 000
c) unter 21 Jahren	3 000 000	2 750 000
3. die Familienzuschläge für:		
a) den Ehegatten	2 350 000	2 150 000
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	1 950 000	1 800 000

Calw, den 17. September 1923.
Oberamt: Bögel, Amtmann, A. B.

Lebensmittel und Futtermittel gelten auch Erzeugnisse, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden. § 3. In Fällen der §§ 1 und 2 kann neben der Strafe auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Ferner ist anzuordnen, daß die Verurteilung auf Kosten der Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist. Die Bekanntmachung kann auch durch öffentlichen Anschlag erfolgen. Die Vorschriften des § 26, Abs. 3 und 4 der Preistreibeinerordnung vom 13. Juli 1918 (R.G.B. Teil 1 und 2, Seite 700) gelten entsprechend als § 4.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.
Der Reichspräsident (beg.) Ebert.

Der Devisenkommissar gegen private Devisengeschäfte von Bankangestellten.

Berlin, 16. Sept. Dem Kommissar für Devisenerfassung ist bekannt geworden, daß Angestellte von Banken mit Duldung ihrer Bankleitung und ohne deren Wissen in der Weise ausländische Zahlungsmittel erwerben, daß sie die ausländischen Zahlungsmittel den verkauften Kunden abnehmen, ohne daß die Bank selbst von der Kaufgelegenheit Gebrauch macht. Bei dem Erwerb dieser ausländischen Zahlungsmittel werden die Vorschriften der Devisenverordnung außer Acht gelassen. Der Devisenkommissar sieht sich veranlaßt, vor solchen Mißbräuchen zu warnen. Sollten solche Verstöße festgestellt werden, so haben der Käufer und der Verkäufer eine Strafe zu gewärtigen. Außerdem wird der Devisenkommissar in diesen Fällen von dem ihm zustehenden Recht der Entziehung der Devisenhandelsbefugnis gegenüber den betreffenden Banken Gebrauch machen.

Razzia gegen Devisenschieber.

Frankfurt, a. M., 17. Sept. Bei einer am Sonntag morgen in einem hiesigen Kaffee vorgenommenen polizeilichen Revision wurde eine große Anzahl vornehmlich aus dem Osten zugezogener Personen wegen verbotenen Agiohandels festgenommen und 13 in Haft behalten. Sie hatten ausländische Zahlungsmittel und Devisen in ihrem Besitz, die sie offenbar unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen erworben hatten und wieder verkaufen wollten.

Kompetenzüberschreitung.

Berlin, 15. Sept. Nach der „B. Z.“ erschienen gestern nachmittag Revisionsbeamte des Devisenkommissars in der Depositionskasse Königstraße der Commerz- und Privatbank und belegten alle Stahlfächer und die im Banktresor aufbewahrten Pakete mit Beschlag. Der Depositionskasse wurde aufgegeben, niemand an die beschlagnahmten Gegenstände heranzulassen. Die Besitzer der Stahlfächer und Pakete wurden benachrichtigt, daß sie Montag die Safes und Pakete im Beisein der Revisionsbeamten des Devisenkommissars zu öffnen hätten. Wie der Devisenkommissar, Geheimrat Fellingner, der „B. Z.“ hierzu mitteilt, erfolgte die Beschlagnahme ohne sein Wissen und durchaus gegen seinen Willen. Es handelt sich um eine Kompetenzüberschreitung der erst kurz im Amt befindlichen Beamten. Der Devisenkommissar steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß solche Eingriffe in das Privateigentum zu verwerfen sind, und veranlaßte sofort, daß die Maßnahme rückgängig gemacht wird.

Die Beamten

gegen die wöchentlichen Gehaltszahlungen.

Berlin, 17. Sept. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ ist zwischen dem Reichsministerium und den Reichsbeamten ein Konflikt über die Frage der künftigen Modalitäten der Gehaltszahlung ausgebrochen. Der Reichsfinanzminister habe am Sonnabend den Beamtenvertretern erklärt, daß er wöchentliche Gehaltszahlungen einführen wolle. Es würde eine Vereinfachung in dem sehr komplizierten Rechnungswesen eintreten, wenn die Summen für die Arbeiter und die Beamten gleichzeitig

ausgezahlt werden könnten. Die Beamtengewerkschaftsvertreter lehnten jedoch diesen Vorschlag einstimmig ab. Auch als vom Reichsfinanzministerium erklärt wurde, daß durch die Wochenzahlungen die Beamten vor der Geldentwertung besser geschützt seien, erwiderten die Beamtensvertreter, daß dieser Grund nicht stichhaltig genug sei für eine solche unwürdige Aenderung.

Die gewaltige Summe der Reichswohnungszuschüsse für Preußen.

Berlin, 15. Sept. Der Hauptausschuß des Landtags beschäftigte sich u. a. mit der Wohnungsfrage. Nach Mitteilungen des Regierungsvertreters zählte das Reich 1923 für Wohnungsbauten an Preußen: im März 31 Milliarden als Zuschuß auf Wohnungsbauabgabe, im April 192 Milliarden als Landesdarlehen, 6,3 Billionen als rückzahlbare verzinsliche Goldhypotheken und abermals 9,5 Billionen unter denselben Bedingungen. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Wohnungsbauabgabe für Preußen rund eine Billion einbrachte.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei für Stresemann.

Berlin, 18. Sept. Wie die Blätter melden, beschäftigte sich der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei am Sonnabend mit der politischen Lage. Nach dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, sprach Reichsminister Dr. Stresemann über die innen- und außenpolitische Lage des Reiches. Es wurde eine Entschliebung angenommen, in der es heißt: Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei spricht dem Reichsminister Dr. Stresemann seinen Dank aus für die Opferwilligkeit und die Energie, mit der er die Leitung der Geschäfte des Reiches übernommen hat. Wir stehen geschlossen hinter der Politik Dr. Stresemanns und bringen ihm auf Grund seiner heutigen Ausführungen, seiner vieljährigen Zusammenarbeit mit uns und seiner bewährten Führung der Partei unser unumschränktes Vertrauen entgegen.

Politischer Mord?

Berlin, 18. Sept. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ mitteilt, wurde gestern abend in Berlin die Tochter des Kommunistenführers Rappaport von einem russischen Flüchtling namens Iwan Keleschoff durch Revolvergeschüsse schwer verletzt. Der Täter, der sich selbst der Polizei stellte, gab an, die Absicht gehabt zu haben, Rappaport selbst zu töten. Er habe dies jedoch nicht ausführen können, da Rappaport sich auf Reisen befinde.

Tschechische Spionage.

Berlin, 18. Sept. Nach einer Meldung der sächsischen Presse ist am Samstag ein tschechisches Militärflugzeug bei Werdau gelandet. Ein Insasse wurde verhaftet, während die beiden anderen entkamen. Das Flugzeug hatte einen Propellerbruch erlitten. Offenbar sind, wie es in der Blättermeldung heißt, von dem Flugzeug aus photographische Aufnahmen des Eisenbahnknotenpunktes Werdau gemacht worden.

Zunehmende Lohn- und Löhnerunruhen.

Freiburg, 17. Sept. Wegen Lohnstreitigkeiten in der Erlangung von Goldlöhnen ist seit einigen Tagen im oberbadischen Industriegebiet eine lebhafteste Beunruhigung zu verzeichnen, die heute in zahlreichen Industrieorten des Wiesentals sowie in Lörrach zur vollständigen Arbeitsniederlegung führt. Es ist bisher zu Ausschreitungen nirgends gekommen; doch sind seitens der Behörden umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. In Lörrach wurden die Leiter verschiedener industrieller Unternehmungen von der demonstrierenden Arbeiterschaft gezwungen, in den Demonstrationen teilzunehmen.

Freiburg, 17. Sept. Im Laufe des heutigen Nachmittags kam es in Lörrach zu einem Zusammenstoß zwischen der Schupo und demonstrierender Arbeiterschaft vor dem Bezirksamt. Dabei machte die Schupo von ihrer Waffe Gebrauch. Mehrere Demonstranten wurden getötet oder verletzt. Die Zahl steht noch nicht fest.

Lörrach, 18. Sept. Nach der neuesten Meldung drangen demonstrierende Arbeiter aus den bei Lörrach gelegenen Fabriken in die Stadt ein. Ein Trupp solcher Demonstranten hat sich vorübergehend des Oberamtes von Schopfheim, sowie einiger Schopfheimer Fabrikanten bemächtigt. Letztere wurden dabei nicht unerheblich verletzt.

Sorau, 17. Sept. Nachdem es am Freitag und Samstag wiederholt zu Unruhen auf dem Wochenmarkt und zu gewalttätigen erzwungenen Preiserhöhungen in den Geschäften gekommen war, wurde gestern die Polizei nach einer Gewerkschaftsverammlung von der Menge auf dem Marktplatz hart bedrängt, sodaß sie in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Es gab 12 Tote und 15 Verwundete.

Lohnbewegungen im besetzten Gebiet.

Dortmund, 16. Sept. Gestern mittag versuchten 3000—4000 Arbeiter in das Verwaltungsgebäude der Dortmunder Union (Deutsch-Luzemburg) einzudringen und die Auszahlung von Geldern zu erzwingen, obwohl die Direktion und der Betriebsrat sich zur Auszahlung auf Montag geeinigt hatten. Die durch Steinwürfe angegriffene Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen. Eine Person wurde getötet, mehrere wurden verletzt.

Dortmund, 16. Sept. Die Kundgebung von angeblich Erwerbslosen verlief in der Stadt ruhig, nachdem es der Polizei gelungen war, die Züge von den Zugängen zum Rathaus abzuwehren.

Köln, 16. Sept. Die „Kölnische Zeitung“ meldet: Im Ruhrbergbau kommt es vereinzelt zu neuem Lohnstreik. In dem linksrheinischen Bezirk sind die Belegschaften verschiedener Zechen in den Ausstand getreten. Im Gelsenkirchener Bezirk sind die Belegschaften der Zechen „Konsolidation“ und „Saalburg“ wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. September 1923.

Sprüche und Glossen.

Es ist ganz unlegbar, daß seit geraumer Zeit mit dem Kultus der großen Worte, die durch massenhaft paraderende Anwendung längst Wert und Gewicht eingebüßt haben, in Deutschland ein wahrer Wucher, um nicht zu sagen Schwindel getrieben wird. Vom dicken ethischen Wälzer bis zum Zeitungsartikel und zur öffentlichen Rede werden da die ungemeinsten, erhabensten Begriffsbilder der Sprache zu abgebrauchtesten Klischees erniedrigt, deren völliger Mangel an seelischem Gepräge und lebendigem Goldgehalt erschreckend zutage tritt. Wie verheerend diese immer tiefer sinkende *Paleta des Wortes* auf den wirklichen Bestand des deutschen Wesens einwirkt, ist jedem Kenner des ursprünglichen und ewigen Grundverhältnisses von Lautbild und Lebensvorgang ohne weiteres klar.

Die Möglichkeit gesellschaftlicher Verfemung auf Grund abweichender politischer Gesinnung ist ein ganz sicheres Zeichen roher politischer Unbildung und Rückständigkeit.

Notstandsdarlehen.

Nach einem Erlaß des Ministeriums des Innern hat das Reich auf Ansuchen für die wirtl. öffentlichen Körperschaften im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern vorläufig 600 Millionen Mark zur Fortführung ihrer laufenden Verwaltungsgeschäfte zu den für Notstandsdarlehen bisher üblichen Bedingungen zur Verfügung gestellt. Die nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel berechneten Darlehen werden alsbald durch die Staatshauptkasse und die örtlichen Girokassen den einzelnen Körperschaften zugleich für ihre nicht zu den großen und mittleren Städten zählenden Bezirksgemeinden — überwiesen.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Die Luftdruckverteilung hat sich wenig verändert. Am Mittwoch und Donnerstag sind neben leichten Störungen in der Hauptsache immer noch trockenes und mildes Wetter, jedoch mit ausgedehnten Morgennebeln zu erwarten.

Landwirtschaftskammer.

(Stuttg.) Stuttgart, 17. Sept. Die 9. (außerordentliche) Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer war hauptsächlich Steuerfragen gewidmet, nahm aber zunächst eine Anpassung der Umlage an die Geldbewertung vor derart, daß die Umlage für das laufende Rechnungsjahr endgültig erst am Ende des Jahres festgesetzt und bis zum 30. September eine Vorumlage von 40 Mk. auf 100 Mk. Steuerkapital erhoben werden soll. Aus der Begrüßungsansprache des Präsidenten Adorno ist hervorzuheben ein warmer Appell an die rechtlich denkenden Landwirte, angesichts der verhältnismäßig günstigen Getreideernte dafür zu sorgen, daß die Lebensmittelversorgung der Städte nicht zum Stillstand kommt. Ebenso energisch werde aber andererseits die Landwirtschaft ihren Mann stellen gegen das überhandnehmende Geschrei nach der Erfassung der Sachwerte. Steuersabotage liegt uns fern, aber das jegliche Steuerwesen ist keine Steuergerechtigkeit mehr, sondern grenzt schon eher an Steuerwahnwitz. Der stellv. Ernährungsminister Staatsrat Kau besprach gleichfalls die Ernährungslage. Die Kartoffelernte werde weniger gut ausfallen als die Getreideernte, aber hinreichen, um den notwendigen Bedarf zu decken. Beide Ernten müßten so schnell wie möglich dem Markte zugeführt werden, weil bei dem Rückgang der deutschen Ausfuhr die Ernährung fast ganz auf der inländischen Erzeugung beruhe. Wenn die Brotversorgung unterbrochen werde, dann sei es um die öffentliche Ordnung und das Staatsleben geschehen. Es sind Maßnahmen geplant, um bei sofortiger Ablieferung von Getreide und Kartoffeln dem Landwirt eine wertbeständige Anlage seines Geldes zu ermöglichen. Von der Papiermark komme man so schnell nicht los. Der Redner wird dafür sorgen, daß im Rahmen der Staatsgrenzen die Interessen der Landwirtschaft voll befriedigt werden. Landesökonomierat

17)

Steffani Drehsa.

Roman von Alexandra v. Bosse.

Hochmütig und sehr kühl erwiderte Steffani: „Das geht dich gar nichts an, ich verbitte mir deine Kritik!“

Er aber ließ sich nicht einschüchtern und sagte leise: „Durchaus keine Kritik; jedenfalls keine absprechende; Rüdiger ist zu beneiden. Wenn er ja sagt, dann sagst du Amen. Eine ideale Ehe nach Ansicht eines jeden Mannes. Nur wundert es mich bei dir, weil du dich schon als Kind so widerborstig dem Willen eines andern fügest, dich sogar deinem Vater gegenüber, wenn auch nur zuweilen, zu widersetzen wagtest.“

„Weil bloßer Zwang mich aufrührerisch machte. Rüdiger verlangt nie etwas von mir; wenn ich mich seinen Wünschen füge, so geschieht es freiwillig.“

Sie waren nun in die Moritzstraße eingebogen, die nach dem Neumarkt führt.

„Wirklich rührend!“ spottete Treben, den es erbitterte, sich so kühl abgefertigt zu sehen.

Sie antwortete nicht, schwieg verstimmt, und so gingen sie stumm weiter bis zum Eingang der Post, wo er sich von ihr verabschiedete.

Rüdiger hielt sich zu dieser Zeit bei einem Optiker an der Ecke der König-Johann- und Moritzstraße auf, dem er einen Feldstecher zur Reparatur gegeben hatte. Als er den Laden verließ, sah er Steffani mit Ottokar Treben die Moritzstraße hinabgehen. Er erschrak: War das eine zufällige Begegnung?

Bazlen und Dekonomierat Vogt-Gochsen sprachen ausführlich über die Steuerfragen, worauf eine Entschliebung angenommen wurde, die gegen die ungerechten, die Leistungsfähigkeit außer Acht lassenden neuen Steuergesetze protestiert, auf die ungleiche Belastung der einzelnen Berufsgruppen bei der Betriebsabgabe hinweist, die allzu rasch aufeinander folgenden Zahlungs Termine und den hohen Steuerzins beanstandet, für die Steuerbehörden das Recht der Stundung, sowie der Gewährung von Steuernachlässen und Zuschlagsbefreiung fordert und anregt, zu der altbewährten Form der Steuerberechnung durch die Steuerbehörden zurückzukehren, womit eine Vereinfachung des ganzen Steuerwesens verbunden werden soll. Bei einer Neuordnung der Steuern sollen die Länder und Gemeinden ihre finanzielle Selbstständigkeit wieder erhalten. Auch wird eine Nichtigstellung der vielfach unrichtigen Einschätzungen zur Einkommensteuer und Abzug der schon geleisteten Mehrzahlungen gefordert.

Anzeigen-Schlüsselzahl 12000

(Stuttg.) Rottenburg, 17. Sept. Bei der gestrigen Stadtschultheißenwahl wurde Amtmann Schneider, ein Rottenburger Bürger, mit großer Mehrheit gewählt. Es erhielten Amtmann Schneider 2512, Dr. Gekle 989 u. Rechtsanwält Rheinweiler 244 Stimmen.

(Stuttg.) Reutlingen, 17. Sept. Die Bismarckjugend hatte für den Samstag Abend in die Bundeshalle einen Familienabend angesagt, zu dem auch Angehörige auswärtiger Ortsgruppen nach Reutlingen kamen. Diese nahmen nach der Darstellung der Polizei um 7 Uhr auf dem Bahnhofplatz Aufstellung, um geschlossen zur Bundeshalle zu marschieren. Unterwegs wurden die Zugsteilnehmer von kommunistischer Jugend belästigt und es kam schließlich zu einer wüsten Schlägerei, bei der mit Stöcken zugeschlagen, aber auch Stichwaffen benutzt wurden. Mitglieder der Bismarckjugend erlitten Stichverletzungen. Die Kommunisten verfolgten die Gegner dann bis zur Bundeshalle und versuchten, in diese einzudringen. Inzwischen waren Polizeimannschaften, soweit sie im Dienst waren, am Platze erschienen und drängten die Kommunisten zurück. Daraufhin konnte die Familienunterhaltung ungestört ihren Verlauf nehmen. Nach Beendigung zogen die auswärtigen Teilnehmer zum Deffernschen Anwesen, wo für sie in einer Scheuer Nachtquartier bereitgestellt war. Unterwegs wurden sie neuerdings von Kommunisten mit Stöcken angegriffen und mit Steinen beworfen. Die Polizei drängte die Kommunisten schließlich zurück, worauf diese sich sammelten und in einem Zuge von etwa 400 Mann unter Abzügen der Internationale abzogen.

(Stuttg.) Rottweil, 17. Sept. Stadtschultheiß Glücke hat aus gesundheitlichen Rücksichten um seine Veretzung in den Ruhestand nachgesucht.

(Stuttg.) Tuttlingen, 17. Sept. Dem „Grenzboten“ überbrachte ein Bürger eine Tasche voll in Fellen zerrissene 10 000, 50 000 und 100 000 Mark-Scheine, die er auf der Donaubrücke zusammengelesen hatte.

(Stuttg.) Dürrwangen, 17. Sept. Der gemeldete Brand betraf das von 4 Familien bewohnte große Wohn- und Geschäftshaus der Möbelfabrik Heß und König. Das Gebäude ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist groß, da den betroffenen Familien fast die ganze Habe und außerdem ein größeres Möbellager verbrannt.

(Stuttg.) Bietigheim, 17. Sept. Bei der letzten obernärztlichen Untersuchung ist bei 55 Prozent der untersuchten Kinder der Kropf festgestellt worden. Es sollen Tabletten mit Jodkaligehalt den Kindern zum Einnehmen abgegeben werden.

(Stuttg.) Wehrensteinsfelden, Weinsberg, 17. Sept. Die Witwe des Weingärtners Wilh. Dorst hat vor 10 Tagen ihren Ehemann durch Schlaganfall verloren. Jetzt ereilte daselbe Schicksal ihren 26jährigen Sohn Albert, als er in der Kelter mit Obstmählen beschäftigt war. Auch er erlitt dort einen Schlaganfall.

(Stuttg.) Kirchheim a. N., 17. Sept. Die hiesigen 7 Schuhfabrikbetriebe sind nun sämtlich geschlossen.

(Stuttg.) Ravensburg, 17. Sept. Bergangene Woche verlor ein Dienstmädchen, das in der Schweiz diente und sich hier verheiratete, seine Ersparnis von zirka 170 Franken. Mit diesem Betrage sollte die Aussteuer bezahlt werden und auf diesem Gang ging die Mappe in der Stadt verloren. Trotz Ausschreibens einer hohen Belohnung fehlt der ehrliche Finder noch bis heute.

(Stuttg.) Friedrichshafen, 17. Sept. Die Borsartberger Landesregierung hat aus Newyork ein Telegramm des österreichischen Konsulats erhalten, wonach die 14-Meter-Segeljacht „Sowitasgoht V“ wohlbehalten in Newyork eingetroffen ist. Damit ist lt. „Seeblick“ der erste Versuch, mit einem Segelboot den Ozean zu durchkreuzen, von deutscher Seite aus gelungen. Die „Sowitasgoht V“ hat bekanntlich Hamburg am 28. Juni verlassen, sie lief am 11. Juli Dover an, am 1. August Madeira, von wo sie am 5. August nach Newyork in See ging. Wie verlautet, soll dort der kühnen Besatzung der Jacht ein würdiger Empfang zuteil werden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar galt gestern in Berlin 131 869 500 G., 132 530 500 B., in Frankfurt am Main 155 610 000 G., 156 390 000 B.

Die Goldmark wurde zu 31 476 190 notiert. Der Newyorker Schluszkurs betrug 153 846 153. An der Frankfurter Börse wurden für den Schweizer Franken 25 236 750 bezahlt, für den holl. Gulden 69 326 250, für die schwedische Krone 44 388 750, für den italienischen Lire 6 982 500, für den französischen Franc 8 975 000, für das englische Pfund 663 337 500.

Das Goldzollaufgeld vom 19. bis 21. September.

Berlin, 17. Sept. Vom 19. bis 21. September einschließlich beträgt das Goldzollaufgeld 2 179 999 900 Mark.

Landesproduktbörse.

(Stuttg.) Stuttgart, 17. Sept. Die Entwertung der Markwährung ist in abgelaufener Woche in katastrophaler Weise fortgeschritten und damit sind auch die Preise sämtlicher Getreidearten in die Höhe gegangen; das Geschäft bleibt aber sehr klein, Käufer sowie Verkäufer beobachten größte Zurückhaltung, da auch die Finanzierung der erforderlichen großen Kapitalien fast ein Ding der Unmöglichkeit geworden ist. Es notierten 100 Kilo gesunde trockene Ware in Millionen Mark: Weizen 400—420 (am 10. Sept. 140 bis 160), Sommergerste 320—360 (130—140), Roggen 320 bis 350 (130—140), Hafer 300—320 (100—120), neuer Reys 600—640 (200—220), Weizenmehl Nr. 0 850—950 (350—370), Brotmehl 700—750 (300—320), Kleie 160 bis 180 (80—90), Weizenheu 40—60 (18—20), Rteeheu 50 bis 70 (19—21), drahtgepreßtes Stroh 60—70 (18—22).

Märkte.

(Stuttg.) Güglingen, 17. Sept. (Schweinepreis.) Bei einer Zufuhr von 94 Milch- und 14 Läuferchweinen kosteten das Paar Milchschweine 140 bis 220 Millionen, das Paar Läufer 260 bis 360 Millionen. Der Handel war flau.

(Stuttg.) Langenau, 17. Sept. Aus der hiesigen Sommerfahweide für 1924 wurde ein Erlös von 23 355 Goldmark erzielt. Am Tage der Versteigerung waren dies etwa 583 Milliarden Papiermark. 1914 betrug der Erlös 8200 Mark.

(Stuttg.) Tettmang, 17. Sept. Am Schluß der Woche wurde sehr wenig gekauft. Die Preise bewegten sich von 4½ bis 6½ Milliarden. Die Preise am Nürnberger Mittwohmarkt bewegten sich für Hallertauer u. Spalter Landhopen zwischen 4,8 und 6,5 Milliarden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der W. Dellschläger'schen Buchdruckerei Calw.

Treben mußte doch im Manövergelände sein! Was hatte er jetzt in Dresden zu tun? Warum war er in Zivil?

Diese Fragen schossen in ihm auf, und fast wider Willen folgte er den beiden in einiger Entfernung. Er sah, wie Treben sich vor dem Postgebäude von Steffani verabschiedete und dann in einen Straßenbahnwagen sprang, der gerade in der Nähe anhielt; sie aber ging in das Postgebäude. „Sie schickt die dreitausend an Ebbo“, dachte Rüdiger.

Jedes Mißtrauen war seiner geraden Natur fremd; er hatte Steffani bisher unbedingt vertraut, und auch jetzt sträubte sich alles in ihm gegen die Annahme, daß eine heimliche Verabredung sie heute mit Treben zusammengeführt. Dennoch ging er bis an den Eingang des Postgebäudes, wartete hier, und erst als Steffani herauskam und er Staunen und leises Erschrecken in ihrem Blick las, ärgerte er sich, daß er nicht umgekehrt und fortgegangen war. Mühte sie nicht glauben, daß er ihr nachspionierte? Und nichts haßte er so sehr als das.

„Ich sah dich mit deinem Vetter Ottokar vorübergehen, als ich gerade den Laden des Optikers verließ“, erklärte er seine Anwesenheit.

Steffani wurde rot und auch etwas verlegen, gerade weil sie mit Ottokar über Rüdiger gesprochen hatte.

„Ja, er holte mich am Altmarkt ein und begleitete mich bis hierher. Merkwürdig, wie man sich trifft in der Stadt!“ sagte sie hastig mit unklarer Stimme.

„Merkwürdig, daß er überhaupt heute in der Stadt ist!“ meinte er.

Nun erklärte sie ihm, was Treben in die Stadt geführt, und

jetzt sprach sie wieder mit freier Stimme, ihre Augen blickten klar, ohne einen Schimmer von Schuldbewußtsein, zu ihm auf. Da glaubte ihr Rüdiger wortlos und verdammt jeden Schatten von Mißtrauen aus seinem Herzen.

Nach den Herbstmanövern erhielt Ottokar Treben den erbetenen Abschied und wurde bei dieser Gelegenheit Rittmeister, wie er es erwartete. Er überließ sich nach Mellin, wo eine alte Wirtschaftlerin, die schon bei seinem Bruder gedient, ihm das Hauswesen führte.

Wie geplant, fand er sich nun häufig als Gast in Dohnd ein, und Rüdiger hatte dagegen nichts einzuwenden; je öfter er Steffani und Ottokar zusammen sah, um so weniger, denn offenbar bestand zwischen ihnen ein rein geschwisterliches Verhältnis. Steffani behandelte ihren Vetter gern ein wenig mütterlich, gab ihm gute Ratschläge für seinen Haushalt und schalt ihn aus, wenn er an kühlen Abenden in zu leichtem Anzug von Mellin herübergeritten kam. Meistens ritt Treben, weil er, seit er den Abschied genommen, die zu werden fürchtete.

„Wie kommt es eigentlich, daß ihr so vertraut miteinander seid, du und Ottokar, ihr seid doch nur sehr weitaufig miteinander verwandt?“ fragte Rüdiger einmal.

Steffani erklärte: „Er war früher oft wochenlang in Wagnitz, verbrachte dort seine Ferien und später seinen Urlaub, als wäre er da zu Hause. Er verlor sehr früh seine Eltern und stand mit Franz im gleichen Alter, mit dem er damals sehr befreundet war. So gewöhnten wir Mädels uns daran, ihn fast wie einen Bruder anzusehen.“ (Fortsetzung folgt.)

Der Umrechnungssatz für die

Landabgabe

beträgt für die Zeit vom 19.-21. September einschließlich für 1 Goldmark

= 21800000 Mk. Papiermark.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Landabgabe zu dem jeweiligen Umrechnungskurs auch im voraus für die nächstfolgenden Monate bezahlt werden kann.

Hirsau, den 17. September 1923.

Finanzamt.
Voelker.

Amtliche Bekanntmachung

Mehl- und Brotpreise.

Gemäß Beschluß der Reichsregierung werden die Mehl- und Brotpreise

ab Dienstag, d. 18. September 1923 erhöht.

Im Einverständnis mit der Landesverforgungsstelle werden folgende Preise festgesetzt:

Brotmehl:

Abgabe an Kleinhändler per Doppelzentner Mk. 124 000 000.—

Abgabe an Verbraucher per Kilogramm Mk. 1 430 000.—

Brot:

1 Laib Brot von 930 Gramm kostet Mk. 1 200 000.—

Calw, den 17. September 1923.

Kommunalverband:
Bügel, Amtmann U.-B.

Bekanntmachung

Wasserkraftanlage T 72 des Gemeindeverband-Elektrizitätswerk Leinach-Station.

Der Verband beabsichtigt, auf der Wehranlage einen 25 bzw. 23 Zentimeter hohen

hölzernen Wehraufflag anzubringen.

Einwendungen gegen das Vorhaben sind binnen 14 Tagen (vom Ausgabetag dieser Zeitungsnummer gerechnet) bei dem Oberamt einzureichen.

Berücksichtigt werden im Verfahren nicht

Pläne und Beschreibungen liegen hier zur Einsichtnahme auf.

Calw, den 17. September 1923.

Oberamt: Bügel, Amtmann.

Wem an der Erhaltung eines von keiner Partei- oder Interessenten-Gruppe beeinflussten Lokalblattes gelegen ist, der unterstütze in seinem Teile unser Blatt. Unterstützen kann uns heute jeder durch Wort und Tat.

Wer unser Blatt bereits lieft, der sorge dafür, daß sein Nachbar es hält, wer Kaufabschlüsse tätigt auf Grund von Anzeigen, die in unserem Blatte erschienen sind, der nehme Bezug auf unser Blatt.

Wer etwas zu verkaufen hat, der schreibe es in unserem Blatte aus, gerade die kleine Anzeige macht sich bei einem Kauf oder Verkauf durch größeres Angebot oder größere Nachfrage sicher bezahlt.

Wer keine Anzeigen aufzugeben hat, der kann uns durch anderweitige Aufträge unterstützen. Er kann seinen Bedarf an Druckerarbeiten, wie Briefbogen, Mitteilungen, Rechnungen, Postkarten, Briefhüllen bei uns decken. Gerade die Notlage des Zeitungsgewerbes zwingt uns, in unserer Akzidenzdruckerei einen Ausgleich zu suchen. Bedenke jeder, daß die Not der Zeitung, deutsche Not ist.

Bekanntmachung betr. Ermäßigung beim Steuerabzug vom Arbeitslohn und Bewertung der Sachbezüge.

Mit Wirkung vom 16. Sept. 1923 ab gelten folgende Bestimmungen:

1. Je nach der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate, volle Wochen, volle Arbeitstage oder kürzere Zeiträume ermäßigt sich der Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohns:

	für den vollen Monat	für die volle Woche	für den Arbeitstag	für je 2 angefangene oder voll. Arbeitsstunden
	M	M	M	M
a) für den Steuerpflichtigen selbst um	720 000	172 800	28 800	7 200
b) für seine zu seiner Haushalt zählende Ehefrau um	720 000	172 800	28 800	7 200
c) für jedes zu seiner Haushalt zählende minderjähr. Kind i. S. des § 17 Abs. 2 E. St. G. um	4800 000	1152 000	192 000	48 000
d) zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 zulässigen Abzüge	6000 000	1440 000	240 000	60 000

Die neuen Ermäßigungsbeträge sind anzuwenden bei jeder nach dem 15. September 1923 erfolgten Zahlung eines nach dem 15. September 1923 fälligen Arbeitslohnes.

Für die Bewertung der Sachbezüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn werden ab 16. September 1923 im Bereich des Landesfinanzamts Stuttgart (Württemberg und Hohenzollern) veranschlagt:

	auf den Tag	auf d. Woche	auf d. Monat
	M	M	M
1. für Lehrlinge, Lehrlingmädchen, weibl. Hausangestellte, Mägde u. sonstige gering bezahlte weibl. Arbeitskräfte	in Tausendern		
a) die volle freie Station (Beköstigung einschl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung)	960	6 720	28 800
b) die freie Beköstigung (ohne Wohnung)	800	5 600	24 000
2. für männl. Hausangestellte, Knechte, männl. und weibl. Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen			
a) die volle freie Station	1 280	8 960	38 400
b) die freie Beköstigung	1 070	7 490	32 000
3. für Angestellte höherer Ordnung z. B. Ärzte, Apotheker, Hauslehrer, Hausdamen, Geschäftsführer, Werkmeister, Gutsinspektoren			
a) die volle freie Station	1 600	11 200	48 000
b) die freie Beköstigung	1 330	9 320	40 000

Der Wert einzelner Teile der Beköstigung und einzelner Sachbezüge (freie Kleidung, Früchte und Erzeugnisse usw.) der Wert der Sachbezüge für ganze Familien und für Deputatempfänger wird durch das Finanzamt festgesetzt.

Hirsau, den 17. September 1923.

Finanzamt
Voelker.

Benzin

jedes Quantum dauernd lieferbar
Karl Kirchherr, Malermeister.

Bin wieder unter Nr. 123 a. d. Fernsprechnetz angeschlossen.

„Milchhilfe“.

Der Ev. Volksbund, Ortsgruppe Calw, hat in letzter Zeit eine „Milchhilfe“ ins Leben gerufen. Sie kann allerdings keine Milch beschaffen, aber sie kann doch wirtschaftlich Schwachen und namentlich Alten die Bezahlung der Milch ermöglichen. Dies geschieht in der Weise, daß „Gutscheine für 1/2 Liter“ durch die Helferinnen verteilt werden, die von den Milchstellen in entgegenkommender Weise in Zahlung angenommen und am Schluß der Woche eingelöst werden. Ebensoviel Geber sollen nun für ein oder 2 Viertel in der Woche, manche auch ein im Tag einstecken, damit das Gleichgewicht gehalten wird. Wir sind durch die Not der Zeit auch zu einer währungsbeständigen Wohltätigkeit gekommen. Die Milchhilfe hat viel Gutes bewirkt in allen Kreisen gefunden, nicht bloß bei Wohlhabenden, sondern gerade auch bei solchen, deren Verdienst mit den Verhältnissen einigermassen im Einklang bleibt. Aber es sind vielleicht doch manche da (nicht bloß aus den Kreisen des Volksbundes), die auf diese Weise die Not lindern und etwas von der Last der Schwachen auf ihre Schultern nehmen möchten. Diese bitten wir, sich beim Redner, Missionar Stahl, in den Pfarrhäusern oder bei den Helferinnen des Volksbundes anzumelden. Auch Gaben aus dem Bezirk sind herzlich willkommen.
Stadtpfarrer Lang.

Kammerjäger

Stephan

alter Fachmann ist gegenwärtig in Calw und Umg. und vertilgt radikal unter dreijährig. schriftl. Garantie Ratten, Wühlmäuse, Schwaben, Wanzen und sonstiges Ungeziefer, auch bei gefüllten Scheunen. Anmeldeungen erbitte sofort an d. Geschäftsst. ds. Bl.

Ca. 15 Ztr. Heu

zu kaufen gesucht ev. auch Tausch gegen Holz. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Obstverkauf.

Der Obsttrug der städt. Bäume wird am Donnerstag, den 20. September 1923 im Luftreich verkauft.

Beginn 8 Uhr vorm. bei der Rammfabrik, 2 Uhr mittag bei der Schaffsauer.

Calw, den 18. September 1923.

Stadtpflege: Frey.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.

Infolge großen Geschäftsanfalls sehen wir uns genötigt

unsere Schalter

zunächst bis einschließlich 15. Oktober 1923

nachmittags geschlossen zu halten.

Während dieser Zeit sind die Dienststunden für jeden Tag von vormittags 7 1/2—12 1/2 Uhr festgesetzt.

Calw, den 17. September 1923.

Rassenverwaltung: Prof.



Von der Reise zurück DR. ROTH

Spezialarzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten Pforzheim, gegenüber Bahnhof.

Heimarbeit

für massive vierkantige Creolen

2 u. 3 reihig, wird an 2-3 Spezialisten (innen) gegeben. Material wird gestellt. Angebote unter B. N. 218 an die Geschäftsst. ds. Blts.

Haushälterin

ältere selbst. alleinstehende Person sofort für dauernd gesucht.

Hahfurter, Unterreichenbach.

Gut möbl., heizbares Zimmer

per 1. Oktober zu mieten gesucht. Angebote unter F. N. 200 an die Geschäftsstelle ds. Blts.

Fahrpläne

für den Bezirk Calw sind auf der Geschäftsstelle ds. Bl. erhältlich, das Stück zu Mk. 4000.—.

Verloren

ging am Samstag eine silberne Armbanduhr

vom Bahnhof bis nach Stammheim. Der ehrliche Finder möge sie gegen gute Belohnung abgeben an die Geschäftsstelle ds. Blts.

Ein sehr guterhaltener

Herd

Größe 95x160 wird gegen Lebensmittel vertauscht

Hirsau, Uhlradstr. 132.

Tausche mein

Fahrrad

gegen Weizen, Mehl oder Kartoffeln ein. Martha Leonhardt, Hirsau.

Gebrauchten

Schließkorb

zu kaufen gesucht. Jugendhaus Liebenzell.

Jeder Gewerbetreibende

wendet sich bei Bedarf an Drucksachen aller Art, als Briefbogen, Rechnungen, Postkarten, Zirkulare, Preislisten usw. an die Druckerei dieses Blattes.

Die Vorar... sie soll vo... soll dane... Note auf

Der Reichs... Reichsreg... Ruhrunt... Währungs... beschäftig... nur in er... befehlen

Heute sind... zöfischen... rend die... wartet, ... daß die ... gen, also... und auch... haben de... tergeföh

Troh aller... Fiume de

Die Wä... Der Ent

Berlin, ... ständigen ... Staatsfina... Goldnoten... der Reichs... mehrung ... eine Ueber... die durch... stellt werd... Die Papie... zu bestimm... einem ber... sährantung... Der Reic... Berlin... reform ge... Pressevert... pflichtuna... ten der... vielleicht... Veranlag... ses Jahre... auch der... neuerding... Währungs... als das ... Papierma... stehen ble... von der ... Währungs... sprechunge... wirtschaft... morgen in... sekungen... die mögli... Plan hier... gearbeitet... den.

Eine be

Dondu... Einladun... mit diese... beiden St... gen, da ... sen seien.